

Umsteigen auf regenerative Energien fördern

Fünf Fragen an: Landtagskandidatin Ulrike Schneider (Freie Wähler)

ANZEIGE



Am 28. September wählt Bayern. Im Stimmkreis Schweinfurt kandidieren 19 Direktkandidaten für Landtag und Bezirkstag. Wir stellen den Kandidaten jeweils fünf Fragen. Heute: Landtagskandidatin Ulrike Schneider (Freie Wähler).

Frage: In welchem Bereich sehen Sie Ihren politischen Schwerpunkt?

Den größten Handlungsbedarf sehe ich im Bereich der Energie- und Umweltpolitik – aus ökologischer wie auch ökonomischer Sicht. Klimawandel und Endlichkeit fossiler Energieträger machen ein schnelles Handeln unabdingbar. Wir müssen Maßnahmen zur Energieeinsparung und das Umsteigen auf regenerative Energien weit mehr als bisher fördern und einfordern. Dabei sollten die Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen, ihre öffentlichen Gebäude sanieren, Baugebiete ökologisch ausrichten und wo immer möglich auf regenerative Energieträger setzen. Es ist völlig unverständlich, warum sich die Verwaltungsspitze in Schweinfurt dieser Aufgabe bislang noch nicht angenommen hat – zumal es sich beim Vorhaben „Energiewende“ längst nicht mehr nur um Umweltschutz, sondern um aktive Arbeitsmarktförderung handelt. Experten gehen davon aus, dass schon im Jahre 2020 500 000 Arbeitsplätze im Bereich der regenerativen Energien angesiedelt sein werden.

Bildungspolitik ist in Bayern ein großes Thema. Wie soll die Schullandschaft in der Zukunft in Main-Rhön aussehen?

Ziel der bayerischen Bildungspolitik muss sein, einen hohen Qualitätsstandard in allen Bildungseinrichtungen sicher zu stellen. Ich halte das dreigliedrige Schulsystem für richtig, wobei es folgende Handlungsfelder gibt: Reduzierung der Klassenstärken, Stärkung und Erhalt wohnortnaher Grund- und Hauptschulen und eine gründliche Reform der G8-Reform.

Über die Pläne für einen Nationalpark Steigerwald wird derzeit heftig diskutiert. Wie ist Ihre Haltung in dieser Frage?

Spontan würde ich sagen, lasst den Steigerwald genau so wie er ist, ich liebe die Landschaft und mit ihr die kleinen, verwinkelten Dörfer, in die sich zu bestimmten Jahreszeiten kaum ein Fremder verirrt – einen Nationalpark um der Touristenströme willen lieber nicht. Andererseits ist der Beschluss der Bundesregierung richtig, bis 2020 fünf Prozent des deutschen Waldbestandes wegen der Artenvielfalt sich selbst zu überlassen. Man muss also mit den Menschen vor Ort eine Lösung finden.

Hausärzte fürchten um die flächendeckende Versorgung der Landbevölkerung. Was kann der Freistaat tun, um diese zu sichern?

Die gesetzliche Zulassung von medizinischen Versorgungszentren und damit die Privatisierung des ambulanten Gesundheitssektors wäre ein Fehler, vor allem im Bereich der diagnostischen Beratung. Ein Patient braucht Zeit und persönliche Zuwendung. Es gilt also, die Position der hausärztlichen Beratungsmedizin zu stützen und den Hausärzten Vertragshoheit zu gewähren, um den Beruf wieder attraktiver zu machen.

In den Ballungsräumen arbeiten die Regionen eng zusammen. Zwischen Stadt und Landkreis Schweinfurt gibt es viele Reibungspunkte. Wie kann man das Verhältnis verbessern?

Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis Schweinfurt ist in der Tat alles andere als gut. Es fehlt ein gemeinsames ÖPNV-Konzept, mit dem das Busfahren auch für die Landkreisbevölkerung attraktiv und finanzierbar bleibt, es fehlt ein gemeinsamer Ansatz zur Wirtschaftsförderung und vieles mehr. Ein möglicher Lösungsansatz? Man tausche mindestens einen Kopf aus.

Zur Person

Ulrike Schneider ist seit 1996 Stadträtin in Schweinfurt, zunächst für die CSU, dann für die Schweinfurter Liste, die sie Anfang 2002 mitgründete. Sie ist Marketingleiterin in einem Industrieunternehmen.